

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Bundesbank -
Alterssicherungssysteme - EG-Stahlindustrie - UNESCO

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1984) : Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Bundesbank - Alterssicherungssysteme - EG-Stahlindustrie - UNESCO, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135875>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsmarkt

Erster Lichtblick

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist seit dem letzten Sommer günstiger geworden. Saisonbereinigt ist die Beschäftigung kaum mehr zurückgegangen und die Arbeitslosenzahl sogar merklich gesunken. Zweifellos hängt dies mit der Erholung der Produktion seit Anfang letzten Jahres zusammen. Offenbar hat die Besserung der Kosten- und Ertragslage und auch der Gewinnerwartungen dazu beigetragen, daß in den Unternehmen der Zwang zu Personaleinsparungen geringer geworden ist. Zur Stabilisierung der Beschäftigung trugen aber auch Sonderfaktoren wie die starke Zunahme neuer Ausbildungsverhältnisse und zusätzliche ABM-Maßnahmen bei.

Mit der Beschäftigungsentwicklung allein ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit aber nicht zu erklären. Hinzu kam, daß das Angebot an Arbeitskräften abnahm, obwohl die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gestiegen ist. Es gibt Hinweise für Entlastungen auf der Angebotsseite: die zunehmende Abwanderung von Ausländern bei gleichzeitig vermindertem Zuzug in die Bundesrepublik, die verstärkte Inanspruchnahme arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung. Einen Beitrag haben auch Karteibereinigungen der Arbeitsämter geleistet; sicherlich war er nicht entscheidend.

Wenn auch die jüngste Entwicklung am Arbeitsmarkt eine erfreuliche Tendenzänderung zeigt, so ist doch ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten. Wahrscheinlich wird sich der Konjunkturanstieg in diesem Jahr in verhaltenem Tempo fortsetzen und die Beschäftigung dabei nur sehr wenig zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird, bei ähnlicher Entwicklung auf der Angebotsseite wie in diesem Jahr, allenfalls sehr langsam zurückgehen. Eine gewisse Unsicherheit besteht noch darüber, ob sich die jüngsten Veränderungen des Arbeitskräfteangebots als dauerhaft erweisen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit wird auf absehbare Zeit hoch bleiben.

sp

Bundesbank

Schritt zur Selbstdisziplin

Das neue Geldmengenziel der Bundesbank dürfte kaum jemanden überrascht haben, entspricht doch der für 1984 geplante Zuwachs der Zentralbankgeldmenge mit 4 bis 6 % in etwa den Erwartungen für jene wirt-

schaftliche Daten, an denen sich die Bundesbank schon seit langem orientiert, nämlich der Wachstumsrate des Produktionspotentials von vermutlich knapp 2 % zuzüglich einer als unvermeidlich angenommenen Inflationsrate von nicht mehr als 3 %. Da die Zentralbankgeldmenge bereits seit Sommer letzten Jahres mit einer Jahresrate von rund 5 % wächst, braucht die Bundesbank lediglich den bereits eingeschlagenen Kurs beizubehalten, um das neu gesteckte Ziel zu erreichen.

Ebenso mäßig wie die Überraschung fiel auch die Kritik an dem Geldmengenziel aus. Kein Wunder, ist doch inzwischen allgemein bekannt, daß die Geldmengenentwicklung von heute die Inflation von morgen programmiert. Mit ihrer angekündigten Politik schafft die Bundesbank einen ausreichenden finanziellen Spielraum für den erhofften Aufschwung, ohne dabei in die Fehler einer Stop-and-go-Politik zurückzufallen. Der Spielraum für eine keynesianisch orientierte Politik, die alles steuern will, wird zudem dadurch eingeschränkt, daß die Marge des Zielkorridors nicht mehr wie bislang drei, sondern nur noch zwei Prozentpunkte beträgt. Die Bundesbank verzichtet also weitgehend darauf, mit ausgeprägten Schwankungen der monetären Zuwachsrate auf die Entwicklung von Wechselkurs, Inflationsrate und Konjunktur zu reagieren. Mit diesem Schritt zur Selbstdisziplin verbessert die Bundesbank den Informationsgehalt ihrer Zielvorgabe und trägt damit wesentlich zur Verstetigung der Erwartungen der Marktteilnehmer bei.

gm

Alterssicherungssysteme

Sofortiger Handlungsbedarf

Mitte Dezember 1983 legte die Sachverständigenkommission „Alterssicherungssysteme“ der Bundesregierung ihr Gutachten vor. Beim Vergleich von Renten und Beamtenpensionen kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, daß selbst unter Einbeziehung der betrieblichen Altersversorgung kaum 2 % der Rentner ein Versorgungsniveau erreichen, das dem der Beamten vergleichbar wäre. Im Mittelpunkt der Kommissionsempfehlungen steht denn auch der Vorschlag, mit dem Abbau der beträchtlichen Beamtenprivilegien wenigstens die größte Ungereimtheit im System der Altersversorgung abzubauen.

Erreicht werden soll dies nach den Vorstellungen der Kommissionsmehrheit u. a. durch eine schrittweise Beteiligung der Beamten an der Finanzierung ihrer Alterssicherung. Wegen der erforderlichen langen Übergangsfristen besteht bei diesem und anderen Vorschlägen ein sofortiger politischer Entscheidungs- und Hand-

lungsbedarf, wenn die Neuregelungen noch in diesem Jahrhundert wirksam werden sollen. Dies scheint dringend erforderlich, da die absehbare demographische Entwicklung Rentnern und Versicherten neue Lasten auferlegen wird, die das bereits jetzt eklatante Zwei-Klassen-System weiter verschärfen und den sozialen Frieden damit ernsthaft gefährden werden.

Schnelles politisches Handeln ist freilich nicht zu erwarten, wie die Reaktionen aus dem Arbeits- und dem Innenministerium zeigen. Um so prompter kamen dafür die Proteste der Betroffenen. Der Beamtenbund wies die Vorschläge als „beamtenpolitisch verfehlt“ und „verfassungsrechtlich unzulässig“ zurück. Sollte die auf lange Sicht politisch und ökonomisch unausweichliche Harmonisierung der Alterssicherungssysteme tatsächlich Grundgesetzänderungen erfordern, dann allerdings sollten gleich Nägel mit Köpfen gemacht werden: Eine Vereinheitlichung des öffentlichen Dienstrechts und eine Harmonisierung mit den Arbeitsbedingungen in der freien Wirtschaft statt einer Reform der Beamtenversorgung. er

EG-Stahlindustrie

Zunehmender Dirigismus

Der Dirigismus in der Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft nimmt weiter zu: Am 1. Januar 1984 wurden für eine Reihe wichtiger Walzwerkerzeugnisse die Orientierungspreise durch obligatorische Mindestpreise ersetzt; ein Kautionsystem muß für entsprechende Disziplin sorgen. Durch Einführung von Warenbegleitdokumenten soll der Stahlhandel in der EG stärker kontrolliert werden, um die Einhaltung der Einfuhrquoten durch die einzelnen Mitgliedstaaten sicherzustellen.

Diese Maßnahmen, die ein Indiz dafür sind, daß die am 31. Januar auslaufende Produktionsquotenregelung bis Ende 1985 verlängert werden dürfte, können letztlich nicht überraschen. Seit Anbeginn der Stahlabsatzkrise Mitte der siebziger Jahre hatte man dem Wettbewerb als Anpassungsmittel keine Chance gelassen und die Krise weitgehend nur „verwaltet“. Versuchte man sich anfangs durch freiwillige Produktionsabsprachen auf Unternehmensebene – abgesichert durch einen wirksamen Außenschutz – zu arrangieren, so mußten ab Ende 1980 die Absatzinteressen der EG-Stahlindustrie durch das Zwangsquotenregime nach Artikel 58 des EGKS-Vertrages in „Einklang“ gebracht werden.

Der sich manifestierende Dirigismus schwächte Wettbewerb und Anpassungsbereitschaft erheblich und legte damit auch die Grundlage für weitere dirigistische

Eingriffe. Die neuen Maßnahmen, die den europäischen Stahlmarkt vor Preiseinbrüchen und Verzerrungen bei den traditionellen Handelsströmen – was immer das sein mag – bewahren sollen, dürften wohl nicht die letzten gewesen sein. Ein therapeutischer Beitrag zur Krisenbewältigung wird damit nicht geleistet, man kuriert wieder einmal nur an den Symptomen herum. kr

UNESCO

Rückzug der USA

Seit langem herrscht nicht nur in den USA Unmut über die Art und Weise, wie die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen sich regelmäßig hinter die Forderungen der Entwicklungsländer stellen, ohne auch nur im geringsten auf die Einwände der Industrieländer einzugehen, die immerhin den größten Teil der Ausgaben bestreiten. Mit Sanktionen haben sich die Industrieländer bisher jedoch schwergetan.

Die Amerikaner machten jetzt ihrem Unmut Luft, indem sie ihre Mitgliedschaft in der Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der UN (UNESCO) aufkündigten. Die UNESCO tritt nicht nur nachdrücklich für die von den Industrieländern strikt abgelehnte Neue Weltinformationsordnung ein; sie konnte sich auch im Rahmen der Konferenz über Wissenschaft und Technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern nicht profilieren, obwohl in beiden Fällen ihre ureigensten Sachbereiche angesprochen wurden. Verschiedene Großprojekte wurden zwar erfolgreich durchgeführt, ihre Publizität reichte aber nicht aus, um den negativen Eindruck zu verwischen, den die politischen Aussagen der Organisation hervorgerufen hatten. Wenig glaubhaft ist allerdings der Vorwurf unwirtschaftlicher Betriebsführung. Er trifft auf die anderen Organisationen, allen voran die Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen (FAO), weit mehr zu.

Für die ohnehin schon unzureichende Förderung der internationalen wissenschaftlichen und technologischen Kooperation bedeutet diese Kündigung einen schweren Rückschlag. Die UNESCO wäre in dieser Lage gut beraten, sich einerseits um eine fachlich verbesserte und pressewirksamere Bearbeitung der von ihr vertretenen Sachgebiete zu bemühen sowie andererseits auf anfechtbares politisches Beiwerk zu verzichten. Dadurch würde nicht nur in Washington die Rückkehr in die Organisation erleichtert, sondern auch ein Beitrag in einem Bereich geleistet, der bislang in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sträflich vernachlässigt worden ist. mk